



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER MAI 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Gewerkschaften rufen zu Demos am Tag der Arbeit auf. Für bessere Löhne auf die Straße zu gehen, ist aktueller denn je.

Für viele Menschen sind die steigenden Preise für Energie und Lebensmittel tagtäglich eine große Herausforderung. Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Lohnforderungen und die Streiks sind gerechtfertigt, denn wer höhere Ausgaben hat, braucht auch mehr Geld. Wir erwarten deshalb auch von der Mindestlohnkommission eine klare Empfehlung für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die kräftige Rentenerhöhung diesen Sommer.

Also, raus zum 1. Mai, aber lesen Sie doch noch bitte vorher meinen Newsletter.

Gute Lektüre,

Ihr/Euer *Bernd Rützel*



3



Online-Veranstaltungen
der UnterfrankenPD

4



Frühlingshafte Tage in
der Hauptstadt

5



Fragen & Antworten
zum Atomausstieg

7



AfA gegen Zerschlagung
der Bahn

KLARTEXT

ARBEITSZEIT — JEDE STUNDE ZÄHLT



Schon bei der Einführung des allgemeinen Mindestlohns 2014 wurden Schreckensszenarien entworfen: Von einem Bürokratiemonster war die Rede. Von insolventen Betrieben, die die

immer neuen Verwaltungsregeln nicht bewältigen können.

Und warum? Weil für alle Beschäftigten, die Mindestlohn erhalten oder nur geringfügig darüber liegen, feste Regeln zur Arbeitszeiterfassung eingeführt wurden. Wir haben festgelegt, dass der Arbeitgeber Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit der Beschäftigten festhalten und diese Aufzeichnungen zwei Jahre lang aufbewahren muss.

Wir haben als Gesetzgeber keine Vorgaben gemacht, wie die Dokumentation der Arbeitszeit zu erfolgen hat. Die handschriftliche Aufzeichnung auf einem Stück Papier reicht aus.

Ich frage mich, wie überhaupt sonst sichergestellt werden soll, dass der Mindestlohn tatsächlich für jede Arbeitsstunde bezahlt wird?

Jetzt packen die SPD und Hubertus Heil Regeln für die Aufzeichnung der Arbeitszeit aller Beschäftigten an. Wieder gibt es einen erbitterten Entrüstungsturm. Da wir aus den Erfahrungen mit der Auszeichnungspflicht aus dem Mindestlohngesetz gelernt haben, verschärfen wir einige Pflichten. Aber wir schaffen auch die Möglichkeit, dass die Sozialpartner – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – gemeinsam mittels Tarifverträgen passgenaue Lösungen für ihre jeweilige Branche schaffen.

Es geht uns nämlich nicht darum, unnötigen Aufwand für Betriebe zu schaffen. Wir wollen lediglich dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor überlangen Arbeitszeiten und fehlenden Ruhezeiten geschützt werden. Wer sich dagegen wehrt, sollte ehrlich sagen, worum es ihm geht und keine Bürokratiemonster herbeifantasieren.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

KLIMAFREUNDLICH HEIZEN — SOZIAL GERECHT

Der Kabinettsbeschluss liegt vor, jetzt beginnen die Beratungen im Deutschen Bundestag:

- Der Gesetzentwurf verpflichtet niemanden dazu, eine funktionierende Heizung ab 01.01.2024 zu ersetzen: Es gibt keine sofortige Austauschpflicht!
- Alle Details gibt es [hier](#).

- Kaputte Heizungen können repariert werden: Wenn eine bestehende Heizung endgültig kaputt ist und ausgetauscht werden muss, gelten Übergangsfristen.
- Bei der Heizwende soll niemand überfordert werden. Deswegen wird es eine breit angelegte staatliche Förderung geben.

ONLINE-VERANSTALTUNGEN

IM NAMEN DER UNTERFRANKENSPD DISKUTIERE ICH ÜBER ...



„Flucht und Migration: Wie der Bund unterstützt und handelt“

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Europa die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine haben in Deutschland Schutz gefunden – vor allem Frauen und Kinder. Zugleich sind auch weiterhin Menschen aus anderen Teilen der Welt auf der Flucht vor Krieg und Terror, was sich in einer steigenden Zahl von Asylanträgen widerspiegelt.

Die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten ist ein gemeinsamer Kraftakt, der Bund, Länder und Kommunen vor Herausforderungen stellt. Über den aktuellen Stand und die Ergebnisse des Sondergipfels am 10. Mai informiere ich als Vorsitzender der UnterfrankenSPD in einer Online-Schalteteilnahme gemeinsam mit meiner bayerischen Bundestagskollegin **Carmen Wegge** (Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages).

**Mi, 31.05.2023,
20 bis 21 Uhr**

Online per webex:

[Hier klicken](#) und ohne Voranmeldung teilnehmen!



„Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“

Globale und regionale Herausforderungen, Krisen und Kriege halten uns in Atem. Zugleich sind die Zeiten uni- oder bipolarer Ordnung absehbar vorbei. Neue Machtzentren ringen um Deutungshoheit, Einfluss und Kooperationen. Neben den USA und China sowie Europa erheben immer mehr Staaten des Globalen Südens Anspruch auf die Mitgestaltung der Weltordnung.

Doch was bedeutet das letztlich für unserer Politik? Die Kommission Internationale Politik (KIP) der SPD hat dazu ein Positionspapier erarbeitet ([hier lesen!](#)), das auch als Grundlage für einen Beschluss zur Neuausrichtung unserer internationalen Politik auf dem Bundesparteitag dient. Darüber informiere ich gemeinsam mit meinem bayerischen Bundestagskollegen **Christoph Schmid** (Mitglied im Verteidigungs- und stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss).

**Fr, 19.05.2023,
18 bis 19 Uhr**

Online per webex:

[Hier klicken](#) und ohne Voranmeldung teilnehmen!

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich aus erster Hand zu informieren und mit uns zu diskutieren!



Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

KUPPELFOTO

ERSTE BERLINFAHRT DES JAHRES

Mitte April konnte ich erstmals in 2023 Gäste aus meinem Wahlkreis und meinem Betreuungswahlkreis in Berlin begrüßen. Mit dabei war eine Gruppe der Lebenshilfe, die für frischen Wind und besonderen Zusammenhalt unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sorgte.

Wie passend hierzu der Einblick in die Gesetzgebung, den die Gruppe an gleich drei Stationen im Programm bekam: Beim Informationsgespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales war aufgrund der Zusammensetzung der Reisegruppe auch der Inklusiver Arbeitsmarkt ein Thema. Und genau dieses Gesetz verabschiedete der Deutsche Bundestag einen Tag später — und die Gruppe konnte die

dazugehörige Debatte über das Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes unter der Reichstagskuppel live verfolgen. Details zum Inhalt des Gesetzes erläuterte ich im Anschluss bei unserem Gespräch in den Räumen des Bundestages. Und als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses für Arbeit und Soziales konnte ich passend dazu über interne Abläufe im Verfahren berichten.

Das anregende und intensive Gespräch mit den 50 Gästen aus Main-Spessart, Miltenberg und Aschaffenburg ist für mich immer ein Höhepunkt der 4-tägigen Fahrt nach Berlin. Für meine Gäste ging es danach mit einem vollen Programm weiter: Eine Stadtrundfahrt, Termine in Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt stießen auf ebenso großes Interesse, wie der Besuch von Gedenkstätten und ein Abstecher nach Potsdam.



AUSSTIEG

ATOMKRAFT: FRAGEN & ANTWORTEN

Die letzten verbliebenen deutschen Atomkraftwerke sind vom Netz, die Atom-Debatte hat rund um diesen Termin nochmal Fahrt aufgenommen. Hier beantworte ich die wichtigsten Fragen rund um den Atomausstieg:

Ist unsere Stromversorgung ohne AKW sicher?

- Ja! Es drohen keine Blackouts. Der Anteil der Atomenergie an der deutschen Stromerzeugung betrug zuletzt nur noch rund 5 Prozent.
- Ein Weiterbetrieb ist für die Versorgungssicherheit im kommenden Winter nicht erforderlich, im Vergleich zum Winter 22/23 hat sich einiges zum Guten verändert: Gasimporte aus Russland wurden weitgehend kompensiert bei verringerter Nachfrage. Zudem werden die Erneuerbaren Energien zügig ausgebaut.
- Deutschland exportiert mehr Strom als es erzeugt (28 TWh im Jahr 2022); einen Großteil nach Frankreich, das zu 65 Prozent auf Atomkraft setzt.

Wird der Strom jetzt teurer?

- Nein. Die Atomkraft hatte zuletzt einen nur sehr geringen Effekt auf den Strompreis.

- Der Strompreis richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Der tatsächliche Marktpreis am Strommarkt wird jeweils in erster Linie durch die Erzeugungskosten des letzten gerade noch benötigten Kraftwerks bestimmt.

Ist Atomstrom tatsächlich günstig?

- Nein. Die gesamtgesellschaftlichen Kosten sind, wenn man alle Arten der Stromversorgung miteinander vergleicht, beim Atomstrom am höchsten (Versicherung, Störfälle, Endlager).
- Beispielsweise ist die Versicherungspflicht der Betreiber gesetzlich gedeckelt. Darüberhinausgehende Schäden hat die Allgemeinheit zu ersetzen. Atomkraftwerke könnten ohne diese staatliche Subventionierung nicht wirtschaftlich betrieben werden. Der Umgang mit Atommüll ist ungeklärt.

Ist die Atomenergie umweltfreundlich?

- Nein! Die sichere und dauerhafte Lagerung hochaktiver, radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente ist nach wie vor ungelöst. Es ist weltweit noch kein einziges Endlager für solche Abfälle in Betrieb. Die Suche nach einem Endlager in Deutschland soll bis mindestens 2046 andauern. Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie und ein schweres Erbe: 30.000 Generationen werden noch mit dem von uns produzierten Atommüll leben müssen.

Hilft die Atomenergie bei der Energiewende?

- Erneuerbare Energien und Atomenergie ergänzen sich nicht, da Atomkraftwerke ungeeignet sind, flexibel Lastspitzen auszugleichen. Wichtiger ist eine Flexibilität durch regelbare Gaskraftwerke, die zukünftig auch mit Wasserstoff betrieben werden können.

- Atomkraftwerke sind nicht dürreresistent (Kühlwassermangel!), wie sich im letzten Sommer in Frankreich gezeigt hat, als die Hälfte der 56 Atomkraftwerke zu einem erheblichen Teil wegen zu niedriger Flusspegel zeitweise stillstand.

Können wir die drei AKW nicht in Reserve lassen?

- Ein Weiterbetrieb ist ohne Beschaffung neuer Brennstäbe und Nachholung der seit 2019 ausstehenden Sicherheitsüberprüfungen nicht möglich.
- Alleine die Reservehaltung eines einzigen AKW verbraucht 20 bis 30 MWh Strom pro Stunde aus dem öffentlichen Stromnetz — so viel, wie ca. 20 Zwei-Personen-Haushalte im ganzen Jahr verbrauchen!

Ist die Atomkraft wirklich weltweit auf dem Vormarsch?

- Nein! Über 80 Prozent der UNO-Staaten beziehen ihre Elektrizität komplett aus anderen Quellen.
- Weltweit beträgt der Anteil von Atomstrom nur noch ca. 10 Prozent. Auf nur wenige Länder entfallen drei Viertel der weltweiten Atomstromproduktion, fast die Hälfte nur auf China und die USA.



Klinikum Main-Spessart

MSP-KLINIKUM

SABINE DITTMAR VOR ORT

Die medizinische Versorgung im Landkreis Main-Spessart (und im Speziellen der Neubau des Zentralklinikums) waren Themen beim Besuch der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Sabine Dittmar, im Klinikum Main-Spessart. Dabei haben wir auch über die geplante Krankenhausreform gesprochen. Diese wird unser Krankenhaus entgegen der Unkenrufe aus der Opposition stärken, so dass wir gut aufgestellt sind. Meine klare Botschaft: Mit dem Zentralklinikum als Schwerpunktkrankenhaus bleibt die Bevölkerung in Main-Spessart medizinisch hochwertig versorgt.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Wie ist es so als Verteidigungsminister, Boris?

Boris Pistorius über sein neues Amt, seine Prios, um die Bundeswehr zu modernisieren – und ein wichtiges Gespräch mit Olaf Scholz

▶ 00:00 00:00





Grafik: BayernSPD

AfA DAGEGEN

KEINE ZERSCHLAGUNG DER BAHN!

Gemeinsam mit Ronja Endres, Vorsitzende der BayernSPD und der AfA Bayern, habe ich klargestellt: Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit erteilt den Zerschlagungsphantasien der Union eine klare Absage. Wir wollen die Bahn besser machen, aber ohne sie zu zerschlagen und ohne Arbeitsplätze und das Angebot zu gefährden!

Wir haben als SPD schon im Koalitionsvertrag klar durchgesetzt, dass der integrierte Bahn-Konzern erhalten bleiben muss. Was man zerschlägt, wird nicht besser! Der Koalitionsvertrag der Ampel zeigt Möglichkeiten auf, um den Konzern zu verbessern, ohne Arbeitsplätze und Angebot zu gefährden. Hier ein Ausschnitt:

„Wir werden die Deutsche Bahn AG als integrierten Konzern inklusive des konzerninternen Arbeitsmarktes im öffentlichen Eigentum erhalten. Die internen Strukturen werden wir effizienter und transparenter gestalten. Die Infrastruktureinheiten (DB Netz, DB Station und Service) werden innerhalb des Konzerns zu einer neuen, gemein wohlorientierten Infrastruktursparte zusammengelegt. Diese steht zu 100 Prozent im Eigentum des Gesamtkonzerns.“



INKLUSION

AUF DEM ARBEITSMARKT

Unser Ziel ist es, mehr Menschen mit Behinderung ins Arbeitsleben zu integrieren — wenn sie wollen und können. Dazu haben wir Mitte April das Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt beschlossen.

Wir werden die Kompetenzen, Potentiale und Qualifikationen von Menschen mit Behinderung stärker fördern. Und wir stärken die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben, Behinderten-Verbände fordern einen solchen Schritt seit Jahren. Leider wurde das durch die Union immer blockiert. Dabei sind Menschen mit Behinderung, die arbeitslos sind, oft sehr gut qualifiziert. Wir werden alles tun, um sie in reguläre Arbeit zu bringen.

Deshalb belohnen wir Unternehmen, die mitmachen, und verschärfen die Strafen für Unternehmen, die das nicht tun. Denn ab einer Größe von 20 Mitarbeitenden müssen Unternehmen auch Menschen mit Schwerbehinderung einstellen. Sie sollten 5 Prozent der Belegschaft ausmachen. Klar ist: Der Arbeitsmarkt soll allen Menschen offenstehen.



Mehr hierzu im Internet auf der Seite der [SPD-Bundestagsfraktion](#).



Grafik: SPD-Bundestagsfraktion

BROSCHÜRE

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Vier aktuelle, spannende Themen werden in der neuen Ausgabe „Fraktion intern“ tiefer beleuchtet:

- Neustart in der Migrationspolitik: Deutschland ist längst Einwanderungsland. Um dieser Realität gerecht zu werden, braucht es neue und bessere Regeln – für die Einwanderung, die Integration und die Asylpolitik.
- „Der Fachkräftemangel schadet der Gesellschaft“: Innenministerin Nancy Faeser über die Attraktivität Deutschlands, Anreize zur Integration – und legale Fluchtwege.
- Wie wir den Bundestag verkleinern: Der Deutsche Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, das die Zahl der Abgeordneten dauerhaft auf 630 begrenzt. Die wichtigsten Fragen und Antworten.
- Revolution im Nahverkehr: Das Deutschlandticket ebnet den Weg zur klimafreundlichen Mobilität, schreibt unsere verkehrspolitische Sprecherin Dorothee Martin, MdB.



Die aktuelle Ausgabe [hier](#) als pdf lesen, alle Publikationen der Fraktion gibt es [hier](#).



Manuf Raman auf pixabay.de

GEDENKEN

EU-LIEFERKETTENGESETZ

Vor 10 Jahren, genauer am 24. April 2013, stürzte in Bangladesch die Textilfabrik Rana Plaza ein: 1.136 Menschen starben, über 2.000 wurden verletzt. Wenn wir in 2023 der Opfer gedenken, dann müssen wir aus dieser Tragödie aber auch unsere Lehren ziehen.

Das deutsche Lieferkettengesetz, das seit 1. Januar 2023 gilt, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, um Menschenrechte in der Wirtschaft besser zu schützen. Aber die Herausforderungen — in der globalen Textilindustrie wie in vielen anderen Branchen — sind nach wie vor groß. Der nächste Schritt ist ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, an dem gerade gearbeitet wird. Eine solche Katastrophe darf sich nicht wiederholen., hier stehen wir als Konsumenten und Profiteure in der Pflicht.

TAGESAKTUELL  INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de



Büro Rützel

DBB-JUGEND

AUSBILDUNGSPLATZ-GARANTIE

Bereits vor einiger Zeit habe ich mit der Jugend des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion dbb darüber gesprochen, wie wir Jugendliche und Ausbildungsplätze besser zusammenbringen.

Der Entwurf des Weiterbildungsgesetzes, den wir aktuell im Bundestag diskutieren und zeitnah beschließen, enthält auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion erstmals eine Ausbildungsgarantie, die die Union jahrelang blockiert hatte.

Ich bin sehr froh, dass wir das nun nach hartem Ringen hinbekommen haben. Wir können es uns gar nicht leisten, junge Menschen nicht bei einem Berufsabschluss zu unterstützen. Und das wird auch den jungen Menschen nicht gerecht. Jede und jeder kann was! Und jede und jeder wird gebraucht!

Das Bild zeigt v.l. Viktoria Matzen, Referentin Jugendpolitik des dbb und Matthäus Fandrejewski, Bundesjugendvorsitzender des dbb. Vielen Dank für das intensive Gespräch und den fachlichen Austausch.



Büro Rützel

PRAKTIKUM

IN GEMÜNDEN & BERLIN

In den letzten Wochen haben gleich zwei junge Menschen bei mir ein Praktikum absolviert: David Ruppert in Gemünden und Berlin, Mara Lippert in Gemünden. David: „Es wurde mir ein toller Einblick in die politische Arbeit gegeben. Vor allem habe ich den betriebsamen Alltag kennengelernt. Sogar die Rede von König Charles konnte ich im Plenarsaal verfolgen. Für diese Möglichkeiten möchte ich mich bei Bernd Rützel vielmals bedanken.“ Mara: „Besonders haben mir die Einblicke in den Alltag eines Abgeordneten gefallen, das eigenständige Arbeiten im Büro und die Gespräche mit Bernd Rützel und mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Alle gaben mir wertvolle Tipps für meine Zukunft.“



Büro Rützel

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM APRIL



Büro Rützel

Seit 40 Jahren bin ich Mitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Beim Parlamentarischen Abend habe ich viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen aus meiner aktiven Zeit als Eisenbahner und Politiker getroffen, wie den EVG-Vorsitzenden Martin Burkert. Danke für eure wichtige Arbeit für alle Eisenbahnerinnen und Eisenbahner.



Büro Rützel

Gemeinsames Gespräch mit meinen Kollegen Manuel Gava (links) und Bernd Westphal (rechts) mit Torsten Safarik, dem Präsidenten des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Die Umsetzung des Lieferkettengesetzes, für das die BAFA zuständig ist, war unser Thema. Seit dem 1. Januar 2023 gilt es

für Unternehmen mit mindestens 3.000 Beschäftigten, ab dem 1. Januar 2024 für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten.



Büro Rützel

Es braucht gute Arbeitsbedingungen und Löhne, und es ist wichtig, dass die Beschäftigten ihre Arbeit gerne machen. Das gilt auch für die Gastronomie, die stark vom Fach- und Arbeitskräftemangel betroffen ist. Auf einer Veranstaltung der Denkfabrik Gastwelt durfte ich meine Gedanken zur Zukunft der Branche vorstellen.



Büro Rützel

Die Schachblume gehört zum Sinngrund wie der Wald zum Spessart. Beim Schachblumenfest in Obersinn war auch diesmal wieder viel geboten: Informative Landschafts- und Biberführungen, Infostände und Kunsthandwerk rund um die Schachblume, und natürlich war auch für das leibliche Wohl gesorgt. Das Liliengewächs steht kurz vor der Blüte und ist noch ein paar Wochen im Sinngrund zu bestaunen — es lohnt sich.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wasser ist Leben. Auf unserem blauen Planeten sind wir alle darauf angewiesen: Pflanzen, Tiere genauso wie wir Menschen. Was es heißt, wenn das Wasser knapp wird, das sehen wir aktuell im Süden Europas: In manchen spanischen Regionen ist die diesjährige Getreideernte angesichts der dortigen Dürre schon jetzt perdu. Am Gardasee hat sich der Wasserstand halbiert, Urlauber spazieren zu Fuß zur Insel San Biagio. In Frankreich indes bereitet man sich nach dem Trockenwinter auf den nächsten Dürresommer vor.

Und bei uns? Da gab es teils ergiebige Niederschläge. Das ist ein Segen für die aufblühende Natur. Und doch verrät ein Blick in die tieferen Bodenschichten, dass es jetzt auch bei uns zu trocken ist. Insbesondere in Unterfranken regnet es schon seit vielen Jahren zu wenig. Die Folge: Es kann sich nicht genügend neues Grundwasser bilden.

Dabei ist das Grundwasser elementar für einen funktionierenden Wasserkreislauf. Es speist die Vegetation, macht Landwirtschaft erst möglich und lässt Quellen sprudeln. Mehr noch: Es garantiert unsere Trinkwasser-Versorgung. Wussten Sie, dass fast jeder Liter, der zwischen Kahl und Kempten aus dem Wasserhahn strömt, dem Grundwasser entstammt?

Grundwasserschutz ist Trinkwasserschutz – und gerade in Zeiten des Klimawandels wichtiger als je zuvor.

Dass die Staatsregierung nun versucht hat, diesen Schutz aufzuweichen, etwa indem etwa die gewerbliche Nutzung von Tiefengrundwasser erleichtert werden sollte, war ein Schritt in die verkehrte Richtung. Und wir sind froh, dass das Vorhaben – auch dank der Initiative der SPD-Landtagsfraktion – vorerst gestoppt werden konnte. Denn eines ist klar: Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit sauberem Trinkwasser muss Vorrang vor jeder anderen Nutzung haben. Wasser ist ein öffentliches Gut, das niemals wirtschaftlichen Interessen unterworfen werden darf.

Die Wasserknappheit, sie wird sich angesichts des Klimawandels wohl weiter verschärfen. Aber wir sind dagegen nicht machtlos. Vielmehr können wir auf lokaler und regionaler Ebene vieles tun, z. B. die Umgestaltung von Städten nach dem Schwammstadt-Prinzip, die Einrichtung von Speicherbecken und sparsamen Bewässerungssysteme in Weinbau und Landwirtschaft, die Renaturierung von Flüssen und die Entsiegelung von Flächen.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag setzte ich mich für wirksame Maßnahmen zum Schutz unseres Wassers ein. Wir stehen für eine mutige und moderne Politik in herausfordernden Zeiten.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbueero@martina-fehlner.de